

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Gesch. Nr. 033/02

9.13 Finanzen

Genehmigung des Voranschlages 2003 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Finanzplan 2004 – 2008

[...]

5. GESCHÄFT-NR. 033/02

Genehmigung des Voranschlages 2003 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Finanzplan 2004 – 2008

DISKUSSION IM RAT

RPK-Präsidentin Regula Kuhn eröffnet die Eintretensdebatte:

„Ein Budget kann verglichen werden mit einer Wundertüte. Bevor man sie öffnet, weiss man nicht, was sie beinhaltet. Öffnet man sie, hat es für Alle etwas darin. Die RPK öffnete das Werk Budget 2003 und befasste sich intensiv damit. Sie stellte Fragen und bekam Antworten darauf, liess sich durch den zuständigen Finanzvorstand, Charly Heuberger, informieren. Wir konnten dabei zur Kenntnis nehmen, dass uns ein unerwarteter Geldsegen in Millionenhöhe ins Haus flatterte. Das Ergebnis der RPK-Beratungen: sie beantragt Zustimmung zum Voranschlag 2003 mit einer Ausnahme bei der Investitionsrechnung. Namens der RPK bedanke ich mich bei allen, die mithalfen, dieses Werk zu erstellen, die in irgendeiner Weise am Voranschlag 2003 beteiligt waren und die das ganze Jahr mithelfen, unsere Finanzen im Lot zu behalten.

Die umfangreiche Weisung des Stadtrates muss nicht wiederholt werden, so dass ich mich auf einige Einzelheiten beschränken kann.

Zum effektiven Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung:

Da stellt man gegenüber der Rechnung 2001 eine budgetierte Aufwanderhöhung von rund 17,8 Mio. Franken fest. Wenn man sich mit den Zahlen der einzelnen Ämter befasst, geht mir spontan die Frage eines Lebensmittelverkäufers durch den Sinn: "Dörf's äs bitzeli meh si?" Es ist auch der RPK klar, dass ein massgeschneidertes Budget kaum möglich ist. Das vorliegende kann denn auch als vorsichtig bezeichnet werden. Es ist bei vielen Konti genügend Spielraum eingerechnet. Mit Interesse las ich daher in der Presse die Aussage unseres Finanzvorstandes, was der Stadtrat für Möglichkeiten sieht, um den Schuldenberg nicht mehr als nötig anwachsen zu lassen.

Auffallend sind natürlich die Konti Entschädigungen, die aufgrund der neuen Entschädigungsverordnung höhere Zahlen aufweisen. Auffallend sind auch die laufend steigenden Personalkosten – beim Budget 2002 mehr als 10 % und nun wieder 4,3 %. Nicht etwa, weil das Personal mit Lohnerhöhungen verwöhnt wurde, nein, weil festgestellt werden muss: da wird wieder eine neue Stelle geschaffen, wenn auch vorläufig befristet, dort wird eine neue Projektstelle ins Leben gerufen.

– Und nichts ist dauerhafter als ein Provisorium oder etwas zeitlich befristetes! Deshalb regt die RPK einen "Benchmarking"-Vergleich an, von dem man sich mehr Transparenz und Klarheit bei den Personalaufwendungen erhofft.

Positiv vermerkt werden kann, dass sich der ordentliche Steuerertrag bei gleich bleibendem Steuerfuss um 2,86 % auf 30,7 Mio. Franken erhöhte, was zur Folge hat, dass wir weiterhin mit dem Steuerkraftausgleich rechnen können. Er wurde mit 6 Mio. Franken sicherlich realistisch eingeschätzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Wohin fliesst aber wieviel Geld und wie entwickeln sich die einzelnen Ressorts:

Präsidialamt: mit rund einer halben Mio. Franken mehr, wobei allein die Entschädigungen bereits 120'000 Franken verursachen. Sonst ist bei den meisten Abteilungen einfach - äs bitzeli meh.

Finanzamt: ist in der glücklichen Lage, dass dort die Erträge zu Buche stehen.

Sie stellen die zusätzlichen Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen fest. Das macht insofern Sinn, als damit buchmässig Reserven geschaffen werden.

Schule: Dieses Ressort weist gegenüber der Rechnung 2001 eine Aufwandzunahme von rund 841'000 Franken auf, wobei nur ein kleiner Teil (Fr. 23'900) auf die neue Entschädigungsverordnung zurückgeht. Ein Teil geht auf die Integration der BWE mit Mehrkosten von rund Fr. 125'000 zurück und auf Beiträge an Heime infolge von mehr Schülern von Fr. 400'000. Sonst kann auch hier gesagt werden: dort und da äs bitzeli meh.

Bauamt: weist gegenüber der Rechnung 2001 ein um rund 485'000 Franken kleinerer Aufwand aus und gegenüber dem Budget 2002 ein solcher um rund 240'000 Franken.

Werkamt bleibt beim Budget 2003 unwesentlich unter der Rechnung 2001, gegenüber dem Budget 2002 mit Fr 51'900 darüber. Ich denke, es machte sich bezahlt, beim Voranschlag 2001 ein Konzept für die langfristige Strassensanierung erwirkt zu haben.

Sozial-/Fürsorgeamt (ohne Altersheim): Sieht auf den ersten Blick auch sehr ausgeglichen aus. Beim zweiten Blick muss man dann allerdings feststellen, dass z.B. die Zusatzleistungen zur AHV/IV mit Fr. 372'000 und die Gesetzliche Wirtschaftshilfe um 230'000 Franken aufgestockt wurden. Die Aussage des Finanzvorstandes ist nachvollziehbar, wenn er bis 2005 mit steigenden Sozialkosten rechnet.

Gesundheitsamt (mit Altersheim): ist in finanzieller Hinsicht im Steigen begriffen. Der Grund liegt hauptsächlich im Spitalwesen. Im Kantonsspital Winterthur macht beispielsweise die Lohnbereinigung der Pflegeberufe allein rund Fr. 367'000 aus.

Polizeiamt: Da fällt vor allem die neu geschaffene Stelle eines Assistenten auf, die auf 3 Jahre befristet sein soll. Mal sehen, ob es in 3 Jahren aus der befristeten Stelle ein "Providurium" geben soll. Auch bei diesem Amt fällt auf: da und dort äs bitzeli meh.

Jugend- und Sportamt: Auch da nahm die RPK mit Überraschung zur Kenntnis, dass es da eine neue Projektstelle FEB/FUM (familienbegleitend, familienunterstützend) gibt. Ebenfalls musste festgestellt werden, dass beim Tagesfamilienverein eine kurzfristige Erhöhung des Defizitbetrags infolge Erweiterung des Angebots resultiert ohne weitere zusätzliche Begründung. Mit noch grösserem Erstaunen fand die RPK eine Position "Beitrag für einen Familientreffpunkt". Die RPK bemängelte in ihrem Abschied, dass dem GGR keine diesbezügliche Vorlage unterbreitet wurde, woraus die Absichten und die damit verbundenen Kosten ersichtlich sind. Und im Übrigen auch da bei verschiedenen Positionen: äs bitzeli meh.

Investitionsrechnung

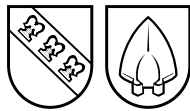
Da gibt es kaum etwas, was man nicht vorher schon gewusst hätte. Es gibt einige Positionen, die unter dem Titel Budgetkompetenz stehen, was akzeptiert werden kann. Die meisten Positionen aber werden mit "Gebundene Ausgabe" deklariert. Soweit so gut bis auf die Position 420.5031.01 (Seite 74), Audiovisionsanlage Stadthaussaal, welche von der RPK nicht als gebunden betrachtet wird. Grundsätzlich ist nichts gegen die Medieneinrichtung im Stadthaussaal einzuwenden, entspricht eine solche dem heutigen Standard. Es liegt eine Richtofferte vor und nach den Gepflogenheiten des Stadtrates wird üblicherweise eine Vergleichsofferte eingeholt. Die RPK beantragt daher, die Position 420.503.01 in ein S Budget umzuwandeln.

Abschied Voranschlag 2003

Die RPK empfiehlt dem GGR, den Voranschlag 2003 zu genehmigen.

Abschied Finanzplan

Der Finanzplan ist durch den GGR lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Die Aussage, die Finanzvorstand Charly Heuberger gegenüber der Presse machte, hellt das düstere Bild der Finanzpläne der nächsten Jahre etwas auf. Es handelt sich um die Aussage: Ein Finanzplan gibt lediglich die Absichten des Stadtrates wieder, listet die geplanten Aufgaben und Projekte auf und ist entsprechend ungenau. In den letzten Jahren kam unsere Stadt mit einem blauen Auge davon. Entweder fiel der Stadt ein höherer Finanzausgleich zu als erwartet, oder es fällt ein ausserordentlicher Steuerertrag in der Grössenordnung von 7 Mio. Franken an. Hoffen wir, auch in den



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

kommenden Jahren mit solchem Geldsegen überrascht zu werden. Einerseits würden uns die grossen Investitionen wie das Schulhaus Hagen und die Altersheimerweiterung vor weniger Probleme stellen und andererseits könnte der Schuldenberg reduziert werden. Dennoch, unsere Finanzlage präsentiert sich so, dass wir in den nächsten Jahren gehalten sind, bei Kreditbewilligungen Zurückhaltung zu üben.

Die RPK empfiehlt dem Grossen Gemeinderat, den Finanzplan 2004 – 2008 zur Kenntnis zu nehmen.“

André Bättig, für die FDP/JLIE-Fraktion zeigt sich halb erfreut über das Budget 03. Bei einer schlechter Wirtschaftslage wie heute soll die Stadt investieren, sich antizyklisch verhalten. In guten Zeiten muss sie Reserven bilden. Weiter muss von Notwendigem und Wunschbedarf unterschieden werden. Weniger Freude hat die Fraktion über die Laufende Rechnung. Das Budget zeigt sich im Prinzip ausgeglichen. Der Steuerfuss ist jedoch gleich geblieben. Das Kantonale Mittel wird um 2 % gesenkt. Die Stadt ist immer gut gefahren, wenn sie sich an das Mittel angeglichen hat. Bleibt unser Steuerfuss nun gleich, sind wir 2 % über dem Kantonalen Mittel. Die Stadt müsste also 2 % Gewinn machen. Demzufolge sind die Aufwändungen um 2 % zu hoch. Deswegen beantragt die Fraktion eine Reduktion des Steuerfusses um 2 %. Der Anstieg der Personalkosten um 4,3 % ist sehr hoch. Einerseits werden zusätzliche Leistungen von anderen Gemeinden oder dem Kanton übernommen, andererseits bleiben Stellen bestehen, welche aus Projekten resultieren. Dieses Vorgehen ist falsch. Eigentlich muss der Grosse Gemeinderat zum Beispiel einen Projektierungskredit für eine Stadtpolizei bewilligen, die Projektstelle dürfte nicht via Stellenplan geschaffen werden. Generell soll man Projektarbeiten wo möglich ausgliedern. Die FDP/JLIE-Fraktion hat also Freude am Investitionsverhalten der Stadt, weniger Freude an der laufenden Rechnung.

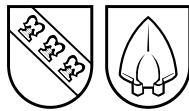
Ruedi Vögtlin, GP, erachtet das Budget grundsätzlich als gut. Die Stadt erfüllt ihre Aufgaben im bisherigen Rahmen. Leistungskürzungen sind nicht nötig. Die Vorfinanzierungen und ausserordentlichen Abschreibungen sind im Hinblick auf die grossen bevorstehenden Investitionen vernünftig. Man könnte eine Steuerfussenkung von 2 % in Erwägung ziehen. Beim Kanton bestehen Bestrebungen, den Steuerfuss zu senken. Für die vorgesehenen Investitionsprojekte muss eine Prioritätenliste erstellt werden.

Für die GP-Fraktion meint Ruedi Vögtlin, dass sie bereit ist, auf das Budget einzutreten, es unverändert genehmigen wird und den Steuerfuss auf 114 % festsetzen möchte. Im Finanzplan müssen Prioritäten besser gesetzt werden.

Hansruedi Wespi erklärt, dass die SVP-Fraktion das Budget geprüft hat. Der Stadtrat hat sich Mühe gegeben, die 114 % Steuerfuss sind gerechtfertigt. Die SVP wäre froh und bereit, Kürzungsanträge zu unterstützen, da fast überall Steigerungen zu verzeichnen sind. Eigentlich müsste man das Kantonale Mittel von 112 % anstreben. Der Finanzplan ist düster. Es sollten nicht laufend neue Ausgaben kreiert werden, welche unter Wunschbedarf fallen. Die SVP ist für Eintreten.

Samuel Wuest für die SP-Fraktion: „Die SP-Fraktion ist für das Eintreten zum Voranschlag 2003. Im Hinblick auf den Finanzplan ist das Budget knapp tolerierbar, unter der Voraussetzung von Kostenbewusstsein im 2003 und einer Trendwende 2004-2008. Es gäbe zwar ein paar Gründe auf nicht Eintreten zu plädieren, zum Beispiel, dass die budgetierte Selbstfinanzierung nur 29 % beträgt, doch wir sind überzeugt, dass mit der kostenbewussten Arbeit in der Verwaltung, welche wir auch schon in den letzten Jahren beobachten durften, ein besseres Ergebnis auf der Ausgabenseite erzielt wird.

Die überproportional steigenden Personalkosten sind auf nötige Stufenanstiege und den Teuerungsausgleich für die Verwaltung, die Pensumserhöhung beim regionalen Zivilstands- und dem Sozialamt, die Schaffung von wichtigen Projektstellen im Jugend- und Sportamt bzw. Polizeiamt, die neue Entschädigungsverordnung der Behörden, der Besoldungen von Lehrkräften, um hier nur einige aufzuzählen, zurückzuführen. Ebenso muss die altersbedingte Ablösung von Verwaltungsangestellten vorbereitet werden. Was hier aber nicht vergessen werden darf, ist die Tatsache, dass ein Teil wieder auf der Einnahmenseite, für die erbrachten Dienstleistungen, positiv zu Buche schlägt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Auch dieses Jahr sind die Beiträge für das Spitalwesen um 400'000 Franken gestiegen. Ob hier in absehbarer Zeit eine Trendwende erreicht wird, ist sehr fraglich.

Bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV und den Beiträgen zu den Heimen werden Mehrausgaben von mehr als einer Million Franken budgetiert. Ausgaben, die sich stadtseits praktisch nicht beeinflussen lassen.

Auf der Ertragsseite wird der Steuerertrag leicht steigen.

Der Steuerfuss soll gemäss Stadtrat auf dem heutigen Wert von 114 % belassen werden. Dies mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in den kommenden Jahren weit auseinanderklaffen. Wir sehen die Situation viel dramatischer und werden eine Steuererhöhung um 2 % auf neu 116 % beantragen. Auch wenn dies nicht populär ist, aber aus unserer Beurteilung, welche wir nach intensiven Diskussionen und Zahlenakrobatiken gemacht haben, ist dieses Vorgehen zwingend nötig. Die riesigen Investitionen wie z.B. für die Erweiterung des Altersheimes oder den Renovationen und Neubau der Schulanlagen sind jetzt fällig. Wir wollen deshalb vorausschauen, wie das jeder Mensch macht, und die nötigen Gelder jetzt schon beiseitelegen. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben und unseren Nachkommen keinen Schuldenberg überlassen. Dafür müssen wir aber alle dieser moderaten Steuererhöhung zustimmen. Abspecken oder zuwarten müssen wir dem gleich auch. Sei das beim Sportzentrum, wo vorderhand nur die Eisplatte erneuert wird oder bei der Strassensanierung. Die momentanen Zahlen lassen keinen anderen Schluss.

Wir werden bei der Detailberatung keine einzelne Positionen streichen oder kürzen, da wir, wie schon erwähnt, auf eine grosse Ausgabendisziplin vertrauen und wir überzeugt sind, dass auch der Stadtrat und Gemeinderat für das kommende Jahr ein sehr hohes Mass an Kostenbewusstsein zeigen wird. Und wir behalten uns vor, die Anträge, wenn sie vorliegen, noch genauer auf die Finanzierbarkeit hin zu überprüfen. Die SP-Fraktion ist für das Eintreten auf den Voranschlag.

Finanzplan 2004-2006

Düster, wie der Stadtrat schreibt, ist die schöne Umschreibung des bedenklichen Finanzplanes 2004-2008. In den nächsten Jahren resultieren bei gleich bleibendem Steuerfuss:

Selbstfinanzierungsgrade, welche von 29 % im Voranschlag 2003 auf 1 % in der Periode 2004-2008 ins Bodenlose sinken.

Langfristige Schulden, welche von 9 Mio. im Budget 2003 auf 59 Mio. im Jahre 2008 dramatisch ansteigen.

Ein Eigenkapital, welches von heute 36 Mio. (Budget 2002) auf 26 Mio. im Budget 2003 und auf 9 Mio. bis im Jahre 2008 massiv sinkt. Bei vollständiger Umsetzung des vorliegenden Finanzplanes wird die laufende Rechnung der Gemeinde im Jahre 2008 mit Nettoschuldzinsen von ca. 1.6 Mio. belastet sein!

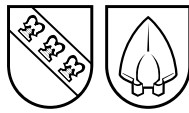
Die im Schwerpunktprogramm und Finanzplan aufgelisteten Investitionen, welche unseres Erachtens zu einem grösseren Teil gerechtfertigt sind, können nur dann nachhaltig finanziert werden, wenn reiner Wunschbedarf konsequent zurückgestellt wird, wenn die Investitionen über einen längeren Zeitraum etappiert werden und wenn schnellstmöglich eine Trendwende bei der Nettoertragskraft der Gemeinde herbeigeführt werden kann.

Wir fordern die Überarbeitung des Finanzplanes 2004-2008. Zum einen soll die Überarbeitung eine Trendwende im Zerfall des Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde ab 2004 aufzeigen (für die Planungsperiode werden mindestens 40 % gefordert). Zum anderen sollen die für eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erforderlichen Investitionen nicht entscheidend beschnitten werden (z.B. Sanierung Schulhäuser, Ausbau Altersheim, Zentrumsplanung) – mit der Konsequenz, dass im Investitionsbereich Wunschbedarf oder Bedarf geringer Priorität zurückgestellt werden müssen (z.B. Strassensanierungen, Sportzentrum).

Wir sehen ein Sparpotential in den Bereichen des Werkamtes und Bauamtes. Diskutieren müssen wir auch über Abstriche im Bereich des Jugend- und Sportamtes. Insgesamt beläuft sich das Sparpotenzial auf ca. 25 %. Ein Teil der Investitionen können allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden.

Die SP-Fraktion erwartet, dass sich die geforderte Überarbeitung des Finanzplanes im Budget 2004 deutlich niederschlagen wird. Und auch der neue Finanzplan 2005-2009 kein Wunschkonzert mehr ist, sondern ein realistischer Plan zur Umsetzung unserer Aufgaben.“

Die EVP-Fraktion hat sich gemäss Thomas Schrepfer viel Kopfzerbrechen bereitet. Eine Steuersenkung wäre schön, es fragt sich jedoch, ob sie auch sinnvoll wäre. Falls eine Senkung angestrebt wird, muss man im Budget klar sagen, wo gespart werden muss. Gute Infrastrukturen müssen aufrecht erhalten werden, den Standort muss man fördern. Wirklich gute Steuerzahler kommen wegen einer Steuersenkung nicht nach Illnau-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Effretikon zu wohnen. Die EVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage. Den Steuerfuss soll so belassen werden, wie er ist.

Klaus Gersbach rechnet aus, dass eine 2 %-ige Steuersenkung Fr. 36.00 pro Kopf ausmachen würde. Die CVP ist für Eintreten auf die Vorlage.

Luc Pillard, SP, sieht Parallelen zwischen dem Steuerfuss des Kantons und der Stadt Illnau-Effretikon. Heute ist es nicht nötig, beim Kantonalen Mittel zu bleiben. Wenn wir das Schul- und Bildungswesen aufrecht erhalten wollen, müssen wir etwas dafür tun. Deshalb müssen wir den Steuerfuss wie vom Stadtrat beantragt beibehalten oder um 2 % erhöhen.

Stadtrat Charly Heuberger meint, dass der Stadtrat die Hausaufgaben gut gemacht hat. Wir hatten noch nie einen höheren Selbstfinanzierungsgrad. Er dankt dem Stadtrat für seine Kooperation, der Verwaltung für die grosse Arbeit und der RPK für die Prüfung.

Weiter erklärt er, dass der erwartete Wirtschaftsaufschwung ausblieb. Illnau-Effretikon hat sehr wenig juristische Personen. Genau diese spüren die Lage der Wirtschaft am stärksten und am schnellsten, schneller als natürliche Personen. Dieses Jahr wird gut abgeschlossen werden. Wir haben jedoch nicht so viel Reserven, um eine Steuerfussenkung vorzunehmen. Ein Benchmark ist schwierig, da jede Gemeinde anders organisiert ist. Eine Stagnation der Einnahmen ist nicht zu verzeichnen. Die Stadt hat über 1 Mio. Fr. mehr Steuereinnahmen budgetiert. Der Finanzplan ist wirklich schlecht.

Stadtpräsident Martin Graf fordert ein seriöses Studium des Budgets. Der Anstieg beim Präsidialamt sei auf den Stufenaufstieg des gesamten Personals zurückzuführen. Bei der Budgetierung des Steuerfusses muss eine Kontinuität herrschen. Der Gemeinderat hat das Schwerpunktprogramm ohne Änderung genehmigt, also werden die finanziellen Mittel wie budgetiert benötigt. Auf die Personalkosten wird aufgepasst. Man muss aber Leute rekrutieren, welche etwas können und die Kosten. Wir brauchen 114 % Steuerfuss für die Zukunft, nicht für heute!

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten. Es folgt abschnittsweise die Detailberatung anhand der institutionellen Gliederung.

Präsidialamt

Kto. 150.3670.00, Partnerschaft Dritte Welt

Hansruedi Wespi, SVP, beantragt eine Senkung um Fr. 10'000.00 auf Fr. 50'000.00.

Esther Hildebrand, GP, findet den Antrag sehr unwürdig und bittet, ihm nicht zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

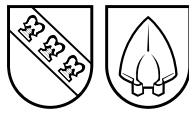
Kto. 152.3170.10 Repräsentationskosten

Esther Hildebrand, GP, erkundigt sich, was darunter zu verstehen ist.

Stadtschreiber Kurt Eichenberger erklärt, dass dies der Empfang für den Nationalratspräsidenten Max Binder ist. Es werden 600 geladene Gäste erwartet. Die Fr. 150'000.00, welche die Stadt an die Gesamtkosten des Anlasses bezahlt, kommt vollumfänglich unserer Bevölkerung mit einem Volksfest zugute.

Schulamt

Hansruedi Wespi, SVP, beantragt, das Gesamtbudget Kto. 30 um 1,3 % um Fr. 270'000.00 zu senken, da die Volksschulreform abgelehnt wurde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Stadträtin Erika Klossner weist darauf hin, dass Kosten der Volksschulreform nur im Schulhaus Watt enthalten sind. Mit Pauschalkürzungen weiss sie nicht, wo sie genau kürzen soll. Hohe Kosten gibt es bei den Sonderschulungen und den auswärtigen Schulungen. Sie bittet, dem Antrag nicht zu folgen.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Bauamt

Kto. 400.3181.30 Energieberatung

Kurt Wehrli, SVP, beantragt die Kürzung des Kredits auf Fr. 10'000.00. Er findet, dass nur noch die Schule geschult werden soll.

Stadtrat Reinhard Fürst verspricht, dass kein Geld verbraucht werde, ohne dass der Grosse Gemeinderat seine Zustimmung dazu gibt. Der Rahmenkredit über Fr. 150'000.00 wurde im Rat auf Fr. 75'000.00 gekürzt. Man muss die Liegenschaften mit der Energiebilanz vergleichen, um dem Versprechen, den Energieverbrauch zu senken, wirklich einhalten zu können. Man will dem Energielabel gerecht werden.

Esther Hildebrand, GP, meint, dass Energiesparen ein Muss ist und bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Sozialamt

Kto. 605.3610.00 Beitrag an Jugendsekretariat

Urs Käppeli, SVP, möchte genauere Auskunft über das Konto.

Stadtrat Kurt Brüngger erklärt, dass es sich um das Jugendsekretariat des Bezirks Pfäffikon handelt. Die zu bearbeitenden Fälle nehmen immer mehr zu. Deshalb braucht es mehr Stellen beim Sekretariat. Gemäss einem Verteilschlüssel muss die Stadt Illnau-Effretikon einen Beitrag leisten. Die zusätzliche Stelle wurde bereits bewilligt.

Polizeiamt

800.3010.00 Besoldungen

Hansruedi Wespi, SVP, beantragt, die zusätzliche 60 %-Stelle zu streichen und den Budgetbetrag um Fr. 100'000.00 auf Fr. 74'100.00 zu reduzieren.

Stadtrat Fritz Ritter erläutert, dass der Wunsch auf mehr Sicherheit in der Bevölkerung sehr gross ist. Einfach gesagt ist die Kantonspolizei wenn man sie braucht nicht da. Zudem soll das Projekt Tempo 30 umgesetzt werden. Aus diesen Gründen hat man den Weg mit dem Assistenten gewählt, welcher seine Arbeit bereits aufgenommen hat. Die Lohnsumme kann demzufolge nicht einfach gestrichen werden.

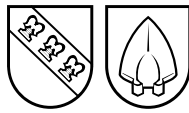
ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Jugend- und Sportamt

900.3010.00 Besoldungen

Hansruedi Wespi, SVP, beantragt, den Budgetposten um Fr. 40'100.00 auf Fr. 154'200.00 zu kürzen, mit der Begründung, die zusätzliche Stelle sei Wunschbedarf.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Stadträtin Amanda Rüegg erklärt, dass die Familienpolitik Nachholbedarf hat. Eine Krippenerweiterung wird angestrebt. Auch eine Tagesschule war ein Thema. Der Mittagstisch Illnau steht kurz vor der Realisierung. Eine Tagesfamilien-Erweiterung und die beiden Treffpunkte stehen zur Diskussion. Separate Anträge werden erfolgen. Die Projektstelle ist auf drei Jahre befristet, beträgt 60 Stellenprozente, und wird zur Hälfte durch das Bezirksjugendsekretariat finanziert.

Luc Pillard, SP, findet das Budget der falsche Ort für die Steuerung der Familienpolitik.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Es folgt die Detailberatung der Investitionsrechnung:

Bauamt

420.5031.01 Verwaltungsliegenschaften

Die RPK beantragt, die gebundene Ausgabe für die Audiovisionsanlage im Stadthaussaal in ein S-Budget umzuwandeln.

Stadtpräsident Martin Graf meint, dass dem Antrag zugestimmt werden kann.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Werkamt

510.5010.02 Personenüberführung Oberkempttal

Hansruedi Wespi, SVP, beantragt die Streichung des gesamten Betrags von Fr. 600'000.00.

Stadtrat Reto Lardi erwidert, dass der Kredit vom Grossen Gemeinderat beschlossen wurde und das Projekt demzufolge nicht via Budget gestrichen werden kann.

Auch Stadtschreiber Kurt Eichenberger sieht aus rechtlicher Sicht keine Möglichkeit, ein Projekt, dessen Kredit bereits durch den Grossen Gemeinderat genehmigt wurde, im Budget wieder zu streichen.

Thomas Vogel, FDP, ist der Meinung, dass zum Geschäft im Rat eine Debatte stattfinden muss. Aus der Zeitung konnten einige Hintergrundinformationen entnommen werden. Der Rat hat nie etwas von einem Schreiben der RPK erfahren.

Regula Kuhn als RPK-Präsidentin meint, dass die RPK ein gutes Recht hat, beim Stadtrat bei Unklarheiten nachzufragen. Die RPK wird das Geschäft zu gegebener Zeit in den Rat bringen.

Stadtrat Reto Lardi erwidert, dass der RPK auf die Fragen geantwortet werde.

Hansruedi Wespi besteht auf einer Abstimmung seines Antrages, obwohl der Ratspräsident klar darauf hinweist, dass der Antrag gar nicht gestellt werden kann.

ABSTIMMUNG

Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

Der Voranschlag 2003 wird vom Rat mit grossem Mehr mit der oben erwähnten Änderung genehmigt.

Debatte zum Steuerfuss:

André Büecheler für die SVP-Fraktion beantragt im Budget den einfachen Gemeindesteuerertrag (100 %) für das Jahr 2003 netto um Fr. 483'000.00 auf neu Fr. 27'483'000.00 zu erhöhen. Damit würde sich der Steuerertrag trotz einer Steuerfussenkung um 2 % auf 112 % auf neu Fr. 30'780'960.00 erhöhen und die Entnahme aus dem Eigenkapital um Fr. 960.00 verringern. Dies sei gerechtfertigt, da anzunehmen sei, dass 2003 der einfache Steuerertrag höher ausfalle als budgetiert. Somit wirke sich eine Steuerfussenkung um 2 % wieder neutral aus.

Stadtrat Charly Heuberger bittet im Hinblick auf die Zukunft, dem Antrag nicht zu folgen.

Hansruedi Wespi erklärt, dass die SVP dem Antrag der FDP folgt.

Luc Pillard, SP, meint, dass der Einzelbürger zwar etwas zurück bekommt, es später jedoch wieder hergeben muss.

ES WIRD ENTSPRECHEND DEM ABSTIMMUNGSVERFAHREN BEI MEHREREN HAUPTANTRÄGEN
GEMÄSS § 42 GESCHO GGR ÜBER ALLE DREI ANTRÄGE NEBENEINANDER ABGESTIMMT:

Der Antrag der FDP/JLIE-Fraktion auf Senkung des Steuerfusses auf 112 % erhält 18 Stimmen.

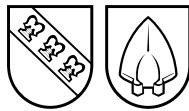
Der Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung des Steuerfusses auf 116 % erhält 8 Stimmen.

Der stadträtliche Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses auf 114 % erhält 8 Stimmen.

Der Steuerfussenkung für das Jahr 2003 um 2 % auf 112 % der einfachen Staatssteuer wird mit 18 Stimmen zugestimmt.

Der Entnahme des Aufwandüberschusses der laufenden Rechnung von Fr. 10'202'450.00 aus dem Eigenkapital wird ebenfalls mit grossem Mehr zugestimmt.

Vom Finanzplan 2004/2008 wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Dezember 2002

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2003 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

-Laufende Rechnung	Aufwand	Fr. 84'143'750.-
	Ertrag	Fr. 73'941'300.-
-Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr. 12'455'000.-
	Einnahmen	Fr. 1'478'550.-
-Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr. -.-
	Einnahmen	Fr. -.-
2. Das Konto Nr. 420.5031.01 (Audiovisionsanlage Stadthaussaal) wird mit einem S-Budget versehen (an Stelle einer gebundenen Ausgabe).
3. Der Steuerfuss für das Jahr 2003 wird auf 112 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 10'202'450.—wird dem Eigenkapital entnommen.
5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
6. Vom Finanzplan 2004 / 2008 wird Kenntnis genommen.
7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Finanzverwaltung.

Beschluss erfolgte mit grossem Mehr.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 13.12.2002

ms